

Beschluss: Pflanzenschutzmittel-Verordnung: Wissenschaft wieder zur Basis machen, Ernährungssicherheit in Europa sichern

(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)

Pflanzenschutz ist in der gesamten Landwirtschaft notwendig, ob in der ökologischen oder konventionellen. Am 22. Juni 2022 hat die Europäische Kommission die Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vorgelegt. Zur Reduzierung der Pflanzenschutzmittel in der europäischen Landwirtschaft setzt der Verordnungsentwurf der Kommission auf das Instrument des Anwendungsverbots in bestimmten Gebieten. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass ein solches Pauschalverbot jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt.

Der Krieg gegen die Ukraine hat die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln stark eingeschränkt und die Preise für Dünger und Energie und damit auch für Lebensmittel deutlich nach oben getrieben. In diesen Zeiten einen so drastischen Eingriff vorzunehmen, gefährdet die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln weiter und bringt uns in stärkere Abhängigkeiten von Drittstaaten.

Hinsichtlich neuer invasiver Schaderreger bleibt der Pflanzenschutz in Deutschland auch in Zukunft unabdingbar für eine lokale und regionale Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten. Selbstverständlich stehen wir Freie Demokraten für Biodiversität und einen möglichst sparsamen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ein. Das kann allerdings nur mit unseren Landwirten geschehen und nicht gegen sie.

Auch der Weinbau in Deutschland wäre massiv betroffen. Die Umsetzung der ursprünglichen Fassung würde eine komplette Stilllegung der Weinberge bedeuten.

Daher fordern wir Freie Demokraten:

- Die Pflanzenschutzmittelreduktion der Realität anpassen: Ob bei der Auswahl der betroffenen Gebiete oder der pauschalen Reduktionsmenge - beides muss mit der Realität der Landwirte vereinbar sein.
- Die neue Folgenabschätzung muss transparent gemacht werden und alle Aspekte der Landwirtschaft müssen mit einbezogen werden.
- Die Versorgung mit Lebensmitteln muss weiterhin oberste Priorität haben. Wir können nicht riskieren, dass diese nicht nur durch den Krieg gegen die Ukraine und die gestiegenen Kosten riskiert wird, sondern zusätzlich noch durch unnötige Regularien.
- Ein besonderes Augenmerk auf kleine und mittlere Betriebe legen. Die Landwirtschaft in Deutschland ist ein wichtiges Kulturgut. Kleine und mittlere Betriebe tragen besonders zu einer diversifizierten Landwirtschaft bei.
- Auf Ebene des Bundes, der Länder und der EU alle Aktivitäten unterstützen, die eine Umsetzung der geplanten EU-Maßnahmen (Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln) in der aktuell vorliegenden Form verhindern.